

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

37 (29.3.1947)

2. Jahrgang / Nummer 37  
Verlag: Badische Druck- und Verlagsanstalt, Karlsruhe, Lammstraße 13-15  
Tel. 4931/53. Ausgaben für Karlsruhe, Khe-Land, Pforzheim  
(Ebersteinstr. 13) u. für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufh. Schardt.

# NEUESTE NACHRICHTEN

## Streik und Demonstration aus Hunger

**„Wir können der Welt öffentl. Protest zeigen“ - Faktisch 800 Kalor. im Ruhrgebiet**  
Köln, 28. März. (dena-DPD) Die Belegschaften mehrerer großer Betriebe protestierten hier am 27. März in Straßen-Demonstrationen und einer Versammlung vor dem Rathause gegen die mangelhafte Ernährungslage. Am Vortage hatten aus dem gleichen Grunde bereits 8000 Arbeiter im rheinischen Köln einen mehrtägigen Proteststreik durchgeführt.  
Oberbürgermeister Dr. Pünder erklärte die Zuständigkeit in der Versorgung der Bevölkerung stark beschränkt sei. „Wir sind nicht in der Lage, Brot und Kartoffeln zu liefern und wollen auch in der Not keine Versprechungen machen. Was wir nur können, ist der Welt öffentlich unseren Protest zeigen.“

**Streiks im Ruhrgebiet nehmen zu**  
Düsseldorf, 28. März. (ap) Von deutscher Seite wird gemeldet, daß die Streiks und Demonstrationen im Ruhrgebiet als Protest gegen die ungenügende Lebensmittelversorgung zunehmen. Die Bevölkerung des Ruhrgebiets habe seit Wochen nur 800 Kalorien statt des Mindestsatzes von 1550 Kalorien erhalten.

**In Düsseldorf und Aachen**  
Düsseldorf, 28. März. (dena-DPD) Ein Proteststreik der Düsseldorf Arbeiter, der die Tatsache betont, daß die Düsseldorf Arbeiter am Ende ihrer Kraft sind, hat am 28. März stattgefunden. In der Stadt angeschlagene Hunger-Plakate forderten zur Teilnahme an der Demonstration auf.

**Berlin, 28. März. (ap)** In verschiedenen Fabriken in Aachen wurde die Arbeit unterbrochen. Zwei bis dreitausend Personen versammelten sich vor dem Sitz der britischen Militärregierung, eine Abordnung von 12 Mann wurde von dem britischen Stadtkommandanten und Vertretern der deutschen Stadtverwaltung empfangen, denen sie ihre Beschwerden über die Ernährungslage vortrug.

**Gleiche Rationen für alle Zonen**  
Berlin, 28. März. (ap) Gegenwärtig finden in Berlin Viermächtebesprechungen statt.

## Simpfendorfer bittet um die Entlassung

**Dr. Reinhold Maier gibt das Gesuch vor dem Landtag bekannt - Die beiden beschuldigten Minister verteidigen sich**

**Debatte um beschlagnahmte Wohnungen - Minister Beyerle erachtet heftigen Protest**  
Stuttgart, 28. März. (NO-Bericht) Der parlamentarische Untersuchungsausschuss der sich mit der Beteiligung von Mitgliedern des württembergisch-badischen Landtages am Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes im Jahre 1933 befaßt, hat am 26. d. Mts. in Stuttgart eine weitere Sitzung abgehalten.

Der Vorsitzende Dr. Kessler (DVP) gab Kenntnis von einem in der Wochenschrift „DND im Bild“, die in Offenburg und Baden erscheint, veröffentlichten Artikel. In diesem Artikel wird von einem Telegramm berichtet, das Wilhelm Simpfendorfer am 22. Februar 1933 an Hitler gerichtet habe und worin er gesagt haben soll, daß der „Christliche Volksdienst“ sich dafür einsetze, daß der Hitler-Regierung in ihrem Kampf für Freiheit nach außen und Gerechtigkeit nach innen durch die Zusammenfassung aller aufbauwilligen nationalen Kräfte unterstützt werde.

Der Abgeordnete Simpfendorfer erschien vor dem Ausschuss und erklärte, daß er sich lediglich daran erinnere, in dem damaligen Wahlkampf ein Protesttelegramm an Hitler gerichtet zu haben, in dem die Regierung aufgerufen werden sollte, die Gewaltakte abzustellen, die gegen Anhänger des „Christl. Volksdienstes“ verübt worden waren. Nachher sagte er, dieser Protestschritt habe vor allem die gegen Anhänger der Juden begangenen Gewaltakte zum Gegenstand gehabt, während der Christl. Volksdienst auf die Frage des Abg. Gehring (SPD), ob in dem Telegramm zur Unterstützung des Protestes eine Wendung, wie die oben zitierte, enthalten gewesen sein könne, erwiderte Simpfendorfer: „Ich weiß es nicht, ich kann es nicht sagen.“

Dr. Knorr (SPD) fragte den Abgeordneten Simpfendorfer noch, ob er ein Telegramm mit diesen Sätzen nicht für ein „Ergebnistelegramm“ halte und Simpfendorfer antwortete: „Da müßte ich den Zusammenhang haben.“

**Dr. Reinhold Maier verteidigt sich**  
In der fraglichen Ausgabe der „DND im Bild“ war auch ein Angriff gegen den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier enthalten, dem vorgeworfen wurde, 1932 als württembergischer Wirtschaftsminister einen Kredit von 400 000 RM ohne Wissen des Landtages an die Mauerwerke in Oberrhein gegeben und damit die Aufklärung unterstützt habe.  
Dr. Maier erklärte hierzu vor dem Ausschuss, daß das württembergische Wirtschaftsministerium sich damals darum bemüht habe, die Mauerwerke für das 100 000-Mann-Heer beteiligt werden. Auch habe die Gefahr bestanden, daß das Oberrhein Werk aus Gründen der schlechten Kapitalverhältnisse der Gesellschaft völlig still-

## 300 Millionen Dollar für die von USA besetzten Gebiete

**67 Mill. Dollar für Deutschland**  
Washington, 28. März. (dena-Reuter) Der Budgetausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses billigte die Forderung des US-Kriegsministeriums zur Schaffung eines Fonds in Höhe von 300 Mill. Dollar für Hilfeleistungen in den amerikanischen Besatzszonen.

Insgesamt 67 Mill. Dollar werden von dieser Summe Deutschland zugeweiht, während für Österreich 18 Mill. Dollar vorgesehen sind. Die Gesamtsumme von 300 Mill. Dollar soll zusätzlich zu den bereits bewilligten 425 Mill. Dollar für die Bezahlung der Hilfeleistungen in den besetzten Gebieten bis Ende Juni ds. Js. verwandt werden.

Der stellv. amerikanische Kriegsminister Howard C. Petersen erklärte vor dem Budgetausschuss, daß eine Nichtbilligung dieses Fonds die Außenpolitik der Vereinigten Staaten „zunichte“ machen werde.



Staatssekretär Acheson drängt auf Hilfe für Griechenland und die Türkei

## Ein Ersuchen der USA an die Vereinten Nationen

New York, 28. März. (dena-Reuter) Der amerikanische Delegierte im Welt-Sicherheitsrat, Senator Warren Austin, ersuchte die Vereinten Nationen am Freitag formell darum, die Intervention der USA in Griechenland und der Türkei gutzuheißen.

## Die amerik. Kommunisten sind zum Streik bereit

Washington, 28. März. (dena-INS) Die amerikanischen Kommunisten sind nach der Erklärung eines Sprechers der amerikanischen Handelskammer bereit, in den amerikanischen Schlüsselindustrien zum Streik aufzurufen, wenn die USA in einen Krieg einträte, der von der Sowjetunion mißbilligt würde.

## Der „Schreiber“ von Heinrich Himmler

**Medizinische Experimente waren die besondere Liebhabelei des „Reichsführers“**

Nürnberg, 28. März. (dena) Im Nürnberger Aertzepteoz wurde am 24. März der Angeklagte Rudolf Brandt als Zeuge in eigener Sache vernommen. Brandt, der zuletzt Himmlers persönlicher Referent, Ministerialrat und Standortführer der SS war, behauptete, trotz seiner späteren Würden nach außen hin immer der „Schreiber Himmlers“ gewesen zu sein.

Auf die Frage seines Verteidigers, wie es denn zu seinen Unterschreibern unter die von der Anklagevertretung vorgelegten und entscheidenden Dokumente gekommen sei, erklärte Brandt, Himmler habe sich für medizinische Experimente besonders interessiert. Der Befehl zur Sterilisation von 1000 Jüdinnen sei zum Beispiel ihm von Himmler ins Stenogramm diktiert worden und er

## Die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages

**Die kleineren Alliierten sollen gehört werden - Das deutsche Vermögen in Oesterreich**

**Verschleppungsproblem und Kriegsverbrecher - Austausch von Vorschlägen zwischen Stalin und Bidault**

Moskau, 28. März. (dena) Die für Österreich zuständigen Stellvertreter der Außenminister beschäftigten sich am 28. März mit den wirtschaftlichen Klauseln des Staatsvertrags mit Österreich.

In der Frage der Donau-Schiffahrt und der Rückübertragung von in Österreich befindlichem Eigentum Angehöriger Alliiierter Nationen kamen die Sonderbeauftragten zu einer Übereinstimmung. Der Koordinierungsausschuss des Außenministeriums setzte hier am Mittwoch unter dem Vorsitz General Roberson seine Besprechungen über das Problem der verschleppten Personen fort. Ein sowjetischer Vorschlag, die „Kriegsverbrecher“, die sich in Lagern für verschleppte Personen befinden, in militärischen Gewahrsam der entsprechenden Staaten zu überführen, wurde vom franz. Delegierten unterstützt. Die brit. und amerik. Delegierten stimmten diesem Vorschlag unter dem Vorbehalt zu, daß genügend Beweismaterial vorgelegt werden soll, bevor die „Kriegsverbrecher“ ausgeliefert würden.

Die Außenminister der vier Großmächte befaßten sich am 28. März mit verschiedenen Fragen, die mit der Einberufung der Friedenskonferenz sowie mit der Teilnahme der kleineren Alliierten an der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages zusammenhängen. Ferner beschäftigte sie sich mit zwei jugoslawischen Noten, in denen Jugoslawien darum ersuchte, zum Staatsvertrag mit Österreich und zu dem Bericht des Finanzausschusses für Triest seine Stellungnahme abzugeben. Außenminister Marshall forderte erneut, daß alle Staaten, die während des Krieges gegen Deutschland kämpften, von dem Außenministerrat angehört werden sollten.

**Die deutschen Vermögenswerte in Österreich**  
Die Außenminister der vier Groß-

mächte beschäftigten sich in ihrer Donnerstagsitzung mit der Frage der deutschen Vermögenswerte in Österreich sowie der Einholung einer jugoslawischen Delegation.

Im Verlauf der Diskussion über die Frage der deutschen Vermögenswerte in Österreich beanspruchte Außenminister Molotow erneut freie Hand in der Entscheidung darüber, welche Werte als deutsche Guthaben anzusehen sind und entsprechend einem Übereinkommen zwischen den Alliierten der Sowjetunion übertragen werden sollen.

Der französische Außenminister Georges Bidault legte dem Außenministerrat drei Vorschläge zur Frage der deutschen Vermögenswerte in Österreich vor. Danach sollen die für Österreich zuständigen Sonderbeauftragten 1. eine Vertriebsliste vorbereiten, wonach die österreichische Regierung die Aufteilung der deutschen Vermögenswerte in Österreich gemäß den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens anerkennt. 2. Eine Definition der deutschen Vermögenswerte in Österreich ausarbeiten und zwar ausschließlich des Eigentums, das Österreichern oder Angehörigen der Vereinten Nationen aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen unrechtmäßig genommen wurde. 3. Eine Schiedsrichterkommission ausarbeiten und zwar auf der Basis des Artikels 50 des Vertragsentwurfs für Österreich.

**Gruber von Molotow empfangen**  
Der österreichische Außenminister Dr. Karl Gruber wurde am 27. d. M. von Außenminister Molotow empfangen. Gruber erklärte, die Frage der ehemaligen deutschen Guthaben in Österreich sei manchmal komplizierter gemacht worden, als sie überhaupt sei. Nach österreichischer Ansicht handelt es sich um drei Hauptprinzipien: 1. erkennen Österreich die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens an; 2. sollte die österreichische Wirtschaft in Übereinstimmung mit den von den Alliierten niedergelegten

Prinzipien „entdeutschet“ werden; 3. sollten Fälle, wo konkurrierende Ansprüche, die auf den beiden ersten Grundsätzen basieren und zueinander im Widerspruch stehen, nach einem System gehandhabt werden, das zur Lösung dieser Frage ausgearbeitet werden sollte.

**USA und England nicht einverstanden**  
Moskau, 28. März. (dena) Die Vertreter der USA und Großbritannien erklärten sich am Freitag mit einer genaueren Festsetzung der Gesamthöhe der deutschen Reparationen nicht einverstanden und wandten sich dagegen, daß die Sowjetunion Reparationen in Höhe von 10 Milliarden Dollar erhalten solle. Ebenso lehnten sie Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion ab. Die französische Delegation behielt sich eine Stellungnahme zu diesem Problem vor.

**Molotow mit China-Vorschlag Marshall einverstanden**  
Der sowjetische Außenminister Molotow hat sich mit dem Vorschlag des amerikanischen Außenministers Marshall einverstanden erklärt, die gegenseitigen Informationen über die Lage in China bis zum 1. April auszutauschen.

**Gegenseitige Unterstützung in der Deutschlandfrage**  
Paris, 28. März. (dena-Reuter) Ein von Marshall Stalin dem französischen Außenminister Georges Bidault unterbreiteter Vorschlag zur gegenseitigen Unterstützung in der Deutschlandfrage wurde am 28. März auf einer Geheim Sitzung des außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung bekanntgegeben.

In dem Vorschlag Stalins heißt es, daß die Sowjetunion die französischen Forderungen auf das Saargebiet unterstützen wird, wenn Frankreich dafür den sowjetischen Deutschlandplan einschließlich der Schaffung einer deutschen Zentralregierung und der Erhöhung der deutschen Stahlproduktion zu Reparationszwecken befreit.

Außenminister Bidault soll die Vorschläge Stalins aus zwei Gründen abgelehnt haben: 1. Weil die französische Ansprüche auf das Saargebiet ebenso wie die Fragen der zukünftigen Ostgrenzen Deutschlands nicht im Rahmen der gegenwärtigen Besprechungen liegen. 2. Weil durch die Wieder-Errichtung eines zentralisierten deutschen Staates die französische Sicherheit bedroht sei.

**Persien will 955 Mill. Dollar Reparationen von Deutschland**  
Moskau, 28. März. (dena-INS) Der iranische Botschafter in Moskau, Firouz Khan, erklärte hier am Freitag, Persien werde von Deutschland Reparationen in Höhe von 955 Millionen Dollar als Ausgleich für die Stellung Persiens im Krieg als „Brücke zum Sieg“ und die Versorgung der UdSSR mit Gütern fordern.

**Viermächte-Kontrolle ein Fehlschlag**  
Washington, 28. März. (ap) Die Errichtung einer Zentralregierung für Deutschland bis zur Fertigstellung eines endgültigen Friedensvertrages sollte so schnell wie möglich in Angriff genommen werden, erklärte eine Delegation des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes am 26. d. Mts. dem Präsidenten Truman. Die Viermächtekontrolle Deutschlands sei ein kolossaler Fehler.

## Probleme deutscher Entnazifizierung

**Keine Belasteten in eigenen oder gleichen Betrieb - Entnazifizierung Internierter**  
Stuttgart, 28. März. (dena) Personen, die infolge ihrer Einstufung als Hauptbelastete oder Minderbelastete eine bestimmte Zeit nur in gewöhnlicher Arbeit tätig sein müssen, dürfen nach einer Mitteilung des Ministeriums für politische Befreiung in Württemberg-Baden seit 15. ds. Mts. im eigenen oder gleichen Betrieb, in dem sie vorher in nichtgewöhnlicher Arbeit tätig waren, nicht beschäftigt werden.

**Keine hauptbelasteten Internierten in Selbstverwaltung**  
Stuttgart, 28. März. (dena) „Internierte, die unter die Klasse 1 des Befreiungsgesetzes fallen, dürfen keine leitende Stellung in der Selbstverwaltung der Internierungslager bekleiden.“

**Früherer Leiter der Abteilung für Interniertenlager beim württembergisch-badischen Befreiungsministerium, Dr. Edgar Reichel, bekannt.**

**Sonderminister Loritz beabsichtigt keinen Rücktritt**  
München, 28. März. (dena) Zu verschiedenen Meldungen über angebliche Rücktrittsansichten des bayerischen Sonderministers Alfred Loritz teilte dieser am 28. März mit, daß er keineswegs beabsichtige, zurückzutreten.

**Vier Mill. Mark Wertpapiere Görings aufgefunden**  
London, 28. März. (dena-Reuter) Bankauszüge sowie Wertpapiere Hermann Görings (ehemaliger Reichsmarschall) im Nominalwert von vier Mill. Mark sind in der britischen Besatzungszone Deutschlands aufgefunden und sichergestellt worden.

**Früherer Leiter der Abteilung für Interniertenlager beim württembergisch-badischen Befreiungsministerium, Dr. Edgar Reichel, bekannt.**

**Ein neuer Bombenanschlag wurde in Nürnberg verübt**  
Nürnberg, 28. März. (dena) Auf das Haus der Fürsorgestelle für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, Abteilung B für rassistisch Verfolgte, in Nürnberg, Äußere Bayreuther Straße 20, wurde am 26. März, gegen 20.10 Uhr, ein Bombenattentat verübt. Die Täter schleuderten durch das im Parterre gelegene Fenster eine Bombe in den Büroraum, wo sie explodierte. Personen wurden dabei nicht verletzt. Der angerichtete Schaden soll gering sein.

Zu der Zeit des am Mittwochabend in Nürnberg erfolgten Bombenattentats wurden, wie die Kriminalpolizei Nürnberg bekanntgab, zwei Männer gesehen, die in eiligen Schritten an der am Tatort befindlichen Straßenecke über die Bayerreuther Straße in die Schoppershofstraße und diese entlang in südlicher Richtung liefen. Die Männer werden wie folgt beschrieben: 30-40 Jahre alt, ungefähr 1,75 m groß, dunkle Kleider. Beide trugen Aktentaschen bei sich. Alle Personen, die sich am 26. März kurz nach 20 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Virchowstraße oder in deren Nähe aufhielten, werden gebeten, sich umgehend bei der Kriminalpolizei Nürnberg, Schweppermannstraße 58, Zimmer 363, oder bei der nächsten Polizeidienststelle zu melden.

**Es ist unerläßliche Pflicht eines Jeden, an der Aufklärung dieses Verbrechens mitzuwirken und alle verdächtigen Wahrnehmungen unverzüglich der Polizei zu melden.**

**Martin Bormann Steckbrief wird an US-Botschaften versandt**  
Washington, 28. März. (dena-Reuter) Photographien und eine ausführliche Beschreibung Martin Bormanns, des Stellvertreters Hitlers, der vom Nürnberger Gerichtshof in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war, werden jetzt den amerikanischen Botschaften und Konsulaten durch das Außenministerium zugesandt.

## Kurz beleuchtet

Der württembergisch-badische Landtag hat sich mit einem „heißen Eisen“ befaßt; der Beschlagnahme von Häusern und Wohnungen durch die amerikanische Besatzungsmacht. Man versteht die Notwendigkeit, aber nicht die Form. In Württemberg-Baden sind 25 bis 30 Prozent des Wohnraumes durch Kriegseinwirkungen zerstört, 570 000 Ausgewiesene und Flüchtlinge aus dem Osten bisher eingewandert. Das ergibt Zustände, die in moralischer, hygienischer und sozialer Hinsicht an sich schon unhalbar sind. Die württembergisch-badische Regierung hat sich an die amerikanische Militärregierung um Berücksichtigung und Abstellung von Beschwerden gewandt. Die Möglichkeit zur Beseitigung von Härten ist gegeben.

1. Beschlagnahme eines bestimmten Areals jeder Gemeinde nach dem Vorbild von Hamburg und Frankfurt. Dadurch wären die Bewohner der anderen Stadtteile von der dauernden Sorge und Unruhe befreit.  
2. Ein Erlaß, wonach die Mitnahme von Möbeln und Hausrat erlaubt wird. Der für beschlagnahmte Möbel festgesetzte Preis setzt den ehemaligen deutschen Eigentümer bei der heutigen Warenknappheit noch nicht in die Lage, sich Ersatz zu beschaffen.  
3. Die Herstellung von Möbeln und Hausrat für die Angehörigen der Besatzungstruppen in deutschen Fabriken, falls der Schifftransport zu teuer und umständlich ist.  
Wesentliche Besserungen in dieser Frage werden sich freilich erst mit der Instandsetzung und dem Neubau von Wohnraum ergeben. Von amerikanischer Seite steht man diesem Problem, das das Verhältnis von Besatzungstruppe und Bevölkerung irritiert, mit Verständnis gegenüber.  
H. B.

## Im Telegrammstil

Philadelphia. Eine internationale Zusammenkunft auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Erziehung und der Kultur, so erklärte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, William E. Dutton, am 28. März auf der ersten Landtagskonferenz der Unesco, sei für das Fortbestehen der Menschheit lebenswichtig. (dena-INS)

Schenectady (New York). Die Auswertung der Atomenergie für industrielle Zwecke soll in Kürze erprobt werden. In Schenectady wird eine große Fabrik errichtet werden, die aus einer Anzahl von Laboratorien und einer Atomenergie-Anlage bestehen wird. Diese Anlage soll später den Heizungs- und Kesselraum des Kratthauses bilden. Professor Milton Burton, einer der ehemaligen Leiter des Atombomben-Projektes in Tennessee, sieht voraus, daß die Ausnutzung der Atomkraft für die Industrie in rund 10 Jahren eine vollendete Tatsache sein wird. (dena-DPD)

Brüssel. Das belgische Parlament sprach der neuen Regierung des Premierministers Paul Henri Spaak am 28. d. Mts.

NEUESTE NACHRICHTEN

Völkerrecht in Deutschland

Von Legationsrat a. D. Dr. Eugen Budde
Nachdem man in Deutschland nach der Kapitulation fast zwei Jahre lang völkerrechtlich stumm geblieben ist, kann keine Frage mehr verloren werden, über die Rechtsbasis nachzudenken, die Deutschland und die deutschen Länder in völkerrechtlicher Hinsicht gegenüber den Besatzungsmächten in allen Zonen besitzen.

wurden über 8000 Scheidungen ausgesprochen. In den ersten beiden Märzwochen sind pro Gericht in Österreich täglich 120 bis 140 Ehen geschieden worden; jeder Richter scheidet augenblicklich täglich 18 bis 20 Ehen an einem Verhandlungstag.

In dem seit der Kapitulation vom 8. Mai 1945 völlig besetzten Deutschland gelten wie in allen während eines Krieges besetzten Gebieten mindestens die Schutzvorschriften der Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese Schutzvorschriften sind gemäß den Rechtskenntnissen des Nürnberger Urteils völkerrechtliches Gewohnheitsrecht geworden und müssen in allen besetzten Gebieten Anwendung finden.

Gesamtpolitischer Aufbau, nicht Regierungskrise

Interview mit Bürgermeister Heurich - Parteien haben einheitlichen Volkswillen zu repräsentieren

Karlsruhe, 28. März. Unser W.B.-Redaktionsmitglied hatte dieser Tage eine Unterredung mit dem Landtagsabgeordneten und Mitglied des parlamentarischen Beirates des Länderrates, Bürgermeister Heurich, über einige politische Gegenwartsfragen, wobei sich der erfahrene Politiker über die Moskauer Konferenz und die Grundlagen für einen gerechten Frieden ungefähr wie folgt äußert:

der Arbeitskräfte, menschenwürdige Berücksichtigung von Winterheizung und Ausstattung mit einer ausreichenden Zahl von Betten, Winterbekleidung, Hausrat und sonst Lebensnotwendigkeiten, außerdem eine ausreichende Gesundheitsbetreuung, Krankenfürsorge, Medikamente usw., denn das deutsche Volk ist gesundheitlich sehr stark angeschlagen. Eine solche Lebensnotwendigkeiten, außerdem angefangen Wirtschaft- und Sozialverfassung wäre mit der erste Voraussetzung, um den fruchtbarsten Arbeitseinsatz des Volkes zu ermöglichen.

schwerster Krebschaden Schwarzmarkt und Geldüberhang. Der Kriegsschaden- und Geldüberhang ist ebenfalls von grundlegender Bedeutung für unser Volk. Ein Volk, das solche Probleme zu lösen hat und dem die größten Schwierigkeiten von allen Seiten dazu noch bereit werden, kann nicht leicht zur Demokratie erzogen werden. Die Besatzungsmächte in allen Besatzungszonen könnten mehr für die vernünftige und dauerhafte Erziehung zur Demokratie wirken wie wir selbst. Die Vorbilder, die unserem Volke gegeben werden, sind mit entscheidend in dieser Frage.

Wohlfühlende bittet um die Entlassung

Fortsetzung von Seite 1
Über die Beschlagnahme von Wohnräumen
Anschließend ergriff der Abgeordnete Horning (SPD) das Wort, um eine „große Anfrage“ zu begründen, die sich mit der Beschlagnahme von Wohnräumen durch die Besatzungsmacht und die UNRRA beschäftigt. Zur Beantwortung kam Innenminister Ulrich (SPD) eingehende Ausführungen. Er erklärte, die Landesregierung sei bei der Besatzungsmacht wegen der Abstellung der berechtigten Beschwerden dringenden vorstellig geworden und habe dabei in weitgehendem Maße Verständnis und Bereitwilligkeit, Abhilfe zu schaffen, gefunden. Die Regierung sehe die Haager Landkriegsordnung von 1907 als rechtsverbindlich an, wenn es uns auch wenig anstehe, uns auf das Recht zu berufen, das Hitler so oft gebrochen habe.

Interessantes in Kürze

Millionenscheck für die UN. John D. Rockefeller, der die Vereinten Nationen in der Hoffnung unterstützt, dass die UN am 25. d. Mts. einen Scheck über 2.500.000 Dollar zum Ankauf eines Grundstückes, auf dem das Gebäude der Vereinten Nationen in Manhattan errichtet werden soll.

Stimmte der Parteien

Zwangsbewirtschaftung, wie sie nicht sein soll
Bei der heutigen schwierigen Beschaffung von Waren können die Einzelhandelsgebeten in Deutschland, wenn sie nicht gerecht werden, das liegt nicht an ihnen, sondern an der viel zu kurzen Rohstoffdecke in Deutschland. Wenn sie nicht gerecht werden, sind alle nur möglichen Arten von auswärtigen Bezügen, so sollte man sie gewähren lassen, zumal diese Rohstoffe in Deutschland nicht geschädigt wird. Daß man an "oberer Stelle nicht immer das nötige Verständnis dafür aufbringt, zeigen die folgenden beiden Fälle:

Protest der Juden Württ.-Badens

Stuttgart, 28. März. (dena) Eine Protestversammlung von 2000 Juden Württemberg-Badens gegen die britischen Maßnahmen gegen jüdische Einwanderer nach Palästina fand am 24. d. Mts. in Stuttgart statt.

Pastor Niemöller sollte von den Nazis ermordet werden

Nürnberg, 28. März. (dena) In einer von alliierten und deutschen Pressevertretern am 28. d. Mts. abgehaltenen Pressekonferenz teilte der stellv. amerikanische Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, Prof. Robert M. W. Kempner, mit, daß Pastor Niemöller nach jetzt aufgefundenen Geheimakten Rosenberg auf Veranlassung des Propagandaministeriums im Jahre 1938 ermordet werden sollte.

Ein Landser schreibt dem anderen

Von Helmut F. Krüger
Lieber Kamerad Fritz! Natürlich hast Du recht, daß es uns heute viel schlechter geht als früher. Da schimpft man in einem fort auf die Nazis und ihren Krieg und es gab selbst an der Front mehr zu essen als heute. Du weißt es ebenso wie ich, daß wir sogar eine halbe Tafel Schokolade bekamen und dazu noch vier Zigaretten. Da wir beide die letzten Jahre des Krieges bei der gleichen Kompanie verbracht haben, ist es eine kleine Weile auf diese Zeiten zurückzublicken.

Als Zeuge in Dachau

„Sie haben sich am Freitag, den 14. 3., zur Vernehmung im Buchenwaldprozeß, in Dachau einzufinden“, lautet kurz und sachlich die Anweisung der amerikanischen Militärregierung. Wir Karlsruher ehemalige politische Gefangene des KZ Buchenwald, fahren zur Vernehmung nach Dachau, wo am 11. 4. 1947 der Prozeß gegen das Wachpersonal des KZ Buchenwald stattfindet. Punkt 19 Uhr erreichen wir nach Erhalt genauer Weisung in Ludwigshafen das Lager Dachau, die frühere Zwingburg des dritten Reiches. Nach dem ersten Formalitäten am Tor und Übergabe eines Passes nach „Gebrauchsanweisung“ schießen sich die Tore hinter uns. Wir empfinden wieder den uns bekannten Druck auf die Nerven und die Atmosphäre des Lagers nimmt von uns Besitz. Es ist Nacht geworden, wir kommen in Begleitung eines Führers zur Deckenausgabe und anschließend zum Schlafraum der Zeugen. Alles entwickelt sich nach einem genau ausgefertigten Schema, ohne

Die Kriegsgefangenenpost zensurfrei

Versand von Paketen an Gefangene in amerikan. Gewahrsam ist gebührenfrei
Frankfurt, 28. März. (dena) Neue Bestimmungen über den Postverkehr von und mit Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand erließ am 21. März das Hauptquartier des „europäischen Befehlsbereiches“.

Kriegsgefangene in Jugoslawien

Kassel, 28. März. (dena) Deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien dürfen ab sofort Pakete von ihren Angehörigen in Deutschland empfangen.

Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 28. März. (dena) Johannes Walter 14. 12. 09, John Alfons 6. 9. 04, John Alfred 29. 6. 04, John Bruno 23. 11. 09, John Georg 14. 11. 07, Kasper Richard 22. 2. 04, Kasper Hans 24. 5. 11, Kasper Josef 11. 05, Kasper Karl 8. 5. 06, Kasper Kurt 11. 11. 06, Lebacher Simon 22. 2. 23, Lebacher Adolf 28. 1. 18, Lebacher Artur 2. 8. 06, Lebacher Alfons 22. 1. 09, Lebacher Moritz 22. 1. 10, Malteier Alwin 18. 5. 02, Martach Josef 5. 01, Martach Hans 22. 1. 09, Martach Max 14. 2. 05, Martach Max 5. 11. 01, Martach Rudolf 28. 10. 21, Niedermeier Wilhelm 17. 2. 04, Niedermeier Josef 23. 6. 02, Niedermeier Josef 28. 2. 29, Niedermeier Rudolf 25. 11. 14, Niedrialski Ernst 11. 5. 22, Peters Josef 9. 10. 10, Peters Josef 18. 3. 17, Peters Josef 11. 8. 21, Peters Klaus 11. 2. 01. (Fortsetzung folgt.)

Osterreichs Ehe- und Jugendkrise

Osterreich hat ein starkes Anwachsen von Ehe Scheidungen und wird zu verzeichnen. Allein beim Landesgericht Wien gingen im Januar 8315, im Februar 8377 Ehescheidungsanträge ein. 25 v. H. aller von den österreichischen Gerichten 1947 Bearbeiteten Rechtsfälle sind bis jetzt Ehescheidungen. Juristisch anerkannte Scheidungsgründe sind u. a. Ehebruch, ehewidriges Verhalten, Trennung von mehr als dreijähriger Dauer. In ganz Osterreich warten heute über 100.000 Paare auf die rechtliche Trennung. Allein vom 1. Januar bis 1. Februar 1947

Das freie Wort

Herr Hermann Entenmann jr., Bretten (Baden) bittet uns um die Feststellung, daß in Nr. 27 vom 6. März erscheinende Beitrag, Entlassung der Kriegsgefangenen von Herrn Hermann Entenmann, veröffentlicht wurde.

Stimme der Parteien

Einigen Karlsruhe Textilgeschäften war es gelungen, gegen Abgabe von Lumpen bei einer Fabrik Pullover zu bekommen. Die Nachfrage war groß, denn mancher fand in seinem Bestand 2 kg Lumpen und Wollreste, die er gem abblotete, um so zu einem neuen Kleidungsstück zu kommen. Aber schon im nächsten Tages wurde die Abnahme der Lumpen durch Textilhandelsunternehmen verboten. Der Lumpen- und Altmaterialhandel hatte gegen den Einbruch in seine Rechte mit Erfolg protestiert.

CDU und SED beraten gemeinsam

Berlin, 28. März. (dena) Zwischen den Vertretern der CDU, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, und der Parteileitung der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, fand, wie aus CDU-Kreisen mitgeteilt wird, am 25. d. Mts. ein Besprechung statt, die die erforderliche Atmosphäre für eine gemeinsame Beratung aller Parteien über die wichtigsten gesamtdeutschen Probleme schaffen sollte.

Das freie Wort

Herr Hermann Entenmann jr., Bretten (Baden) bittet uns um die Feststellung, daß in Nr. 27 vom 6. März erscheinende Beitrag, Entlassung der Kriegsgefangenen von Herrn Hermann Entenmann, veröffentlicht wurde.

Stimme der Parteien

Einigen Karlsruhe Textilgeschäften war es gelungen, gegen Abgabe von Lumpen bei einer Fabrik Pullover zu bekommen. Die Nachfrage war groß, denn mancher fand in seinem Bestand 2 kg Lumpen und Wollreste, die er gem abblotete, um so zu einem neuen Kleidungsstück zu kommen. Aber schon im nächsten Tages wurde die Abnahme der Lumpen durch Textilhandelsunternehmen verboten. Der Lumpen- und Altmaterialhandel hatte gegen den Einbruch in seine Rechte mit Erfolg protestiert.

Stimme der Parteien

Einigen Karlsruhe Textilgeschäften war es gelungen, gegen Abgabe von Lumpen bei einer Fabrik Pullover zu bekommen. Die Nachfrage war groß, denn mancher fand in seinem Bestand 2 kg Lumpen und Wollreste, die er gem abblotete, um so zu einem neuen Kleidungsstück zu kommen. Aber schon im nächsten Tages wurde die Abnahme der Lumpen durch Textilhandelsunternehmen verboten. Der Lumpen- und Altmaterialhandel hatte gegen den Einbruch in seine Rechte mit Erfolg protestiert.

Stimme der Parteien

Einigen Karlsruhe Textilgeschäften war es gelungen, gegen Abgabe von Lumpen bei einer Fabrik Pullover zu bekommen. Die Nachfrage war groß, denn mancher fand in seinem Bestand 2 kg Lumpen und Wollreste, die er gem abblotete, um so zu einem neuen Kleidungsstück zu kommen. Aber schon im nächsten Tages wurde die Abnahme der Lumpen durch Textilhandelsunternehmen verboten. Der Lumpen- und Altmaterialhandel hatte gegen den Einbruch in seine Rechte mit Erfolg protestiert.

Gottesdienste

St. Stephanus, Gottesdienste, Sonntag, 30. März 1947, St. Stephanus, Gottesdienste, Sonntag, 30. März 1947, St. Stephanus, Gottesdienste, Sonntag, 30. März 1947...

Familien-Nachrichten

Karl Blass, Reg.-Dir. d. Arbeitsministerium Freiburg i. Br., m. gel. Mann, m. gel. Frau, m. gel. Tochter, m. gel. Sohn...

Vorstellungen

Glora-Palast (Rondellplatz), Unser Osterprogramm: Willi Biegel, Lotte Koch, Viktor Staal in 'Du gehst zu mir'...

Passage-Palast-Variété

Passage-Palast-Variété, Passage 20-28, Ruf 4742. Nur noch bis zum 31. März 1947. 'Alte' als Tagesgesellschaft...

Arzte - Anwärter

Dr. med. H. Leimbach, prakt. Arzt, Durlach, Gritzerstr. 7, Sprechst. tägl. 8-16 Uhr...

Verloren

Kleines braunes Hund, ca. 10 cm hoch, weißer Hals, schwarze Ohren, gefunden am 28. März...

Untericht

Stenographie, Masch.-Schreib., Buchf., Tages-u. Abend-Unterricht, Anf. u. Fortgeschrittenen...

Theater

Badisches Staatstheater (Konzerthaus), Sonntag, 30. März, 15.00 Uhr: Hänsel und Gretel, Märchenoper...

Gewerkschaftliches

Angestellten-Verband Württemberg-Baden, Vorkauf-Stelle Kiehl, Adressstr. 25, Tel. 3650, Montag, 31. März, 18.30 Uhr...

Amfliche Bekanntmachungen

Amerik. Fleischbrühwürfel, An Verbraucher über 1 Jahr werden ausgegeben 5 amtliche Fleischbrühwürfel...

Bausparwesen / Versicherungen

Anstellung: 'Das wohnbare Haus, das teilbare Haus, das kleinhause', mit Bildern, Plänen und hübschen Modellen...

Stellen - Angebote

Baugewerker mit abgesch. Schulbildung, techn. oder Hochschule, mehrere Büroarbeiten als Konstruktor...

Werbung

Bruchlederer tragen das ausgezeichnete Herinal-Patentband mit verstellbarer Patente...

Die WEVID-Werbung

Die WEVID-Werbung hilft d. Verw. u. Anz. all. Art. in. Neuersch. h. b. Sie Gelegen. geschäftl. Emp. f. den. anfr. Kunden...

Die Durchschreibebuchführung

Die Durchschreibebuchführung ist der Westentasche von d. C. v. Carnap'sche Durchschreibebuchführung...

Finanz-Anzeigen

Table with columns: Aktiva, Passiva, and various financial entries like 'Barreserve - Kassenbestände', 'Reichsbanknoten', 'Rentenbanknoten', etc.

Neuerscheinung

SUDEDEUTSCHE FUNKWOCHE, Radioprogramm-Zeitschrift mit ausführlichem Programm der Sender Stuttgart, Frankfurt, Wiesbaden, Bonn, Berlin, England, Paris, Straßburg...





